

Zölle.**Der kommende Zolltarif.**

In der Reichstagsitzung vom 11. d. Mts. äußerte sich der Staatsminister Staatssekretär des Reichsamts des Innern, Graf Dr. v. Posadowsky über den kommenden Zolltarif wie folgt:

„Meine Herren! Welche Form die Handelsverträge haben werden, die wir in Zukunft abschließen, ich glaube, die Erörterung darüber trägt jetzt noch einen mehr akademischen Charakter; sie ist verfrüht. Ehe wir überhaupt etwas thun, müssen wir einen neuen autonomen Zolltarif haben. Dieser neue autonome Zolltarif wird, wie der Herr Schatzsekretär — glaube ich — hier im Plenum oder in der Kommission schon einmal ausgeführt hat, zunächst im Gerippe aufgestellt, um die Spezialisierung durchzuführen, die dem gegenwärtigen Stande unserer Industrie entspricht. Dann erst wird man zum Einstellen der Zollsätze kommen, und schließlich wird es an der Zeit sein, daß sich die verbündeten Regierungen und eventuell auch der Reichstag schlüssig machen, ein neues modernes Tarifgesetz zu genehmigen. Wenn wir diesen Standpunkt erreicht haben, wenn der neue autonome Zolltarif Gesetz geworden sein wird, dann erst wird es sich um die Frage handeln, wie verwerthen wir den autonomen Tarif beim Abschluß von neuen Handelsverträgen.“

— Hoffentlich wird sich die von der Handelswelt so laut ausgesprochene Erwartung, daß die Zolltechniker bei Aufstellung des neuen Tariffs zur Mitwirkung herangezogen werden bekräftigen.

Reichszolltarifamt — Zollgerichtshof.

Der Abgeordnete Dr. Hammacher äußerte sich in der Landtagsitzung am 14. d. Mts., u. a. wie folgt:

„Der Reichstag hat die Einrichtung von Auskunftsstellen für den Zollverkehr und die Einrichtung des Zollgerichtshofes verlangt. Der Bundesrat hat eine definitive Entscheidung darüber noch nicht getroffen. Wenn der Bundesrat sich unsere Anträge verneinend gegenüberstellt, so liegt das wohl an den staatsrechtlichen Bedenken, aber ich erlaube mir, dringend an die Vaterlandsliebe der verbündeten Regierungen zu appellieren, daß sie baldigst einen Schritt auf diesem Gebiete vorwärtsgehen.“

Der Staatssekretär v. Thielmann antwortete darauf:

„Außerdem sprach Herr Dr. Hammacher von dem zweiten Wunsche dieses hohen Hauses: die Zollfragen dieser Art sollte der richterlichen Entscheidung unterstellt werden. Darauf konnten die verbündeten Regierungen nicht eingehen. Es ist schon öfters entwickelt worden, daß die Unterstellung so eingehender und schwieriger Fragen unter den Richter erster Instanz keine Rechtseinheit schaffen würde, sondern eine Rechtsvielheit; und dieser Rechtsvielheit wollen wir nach Möglichkeit entgehen. Eine einheitliche Instanz für das ganze Deutsche Reich wäre denkbar,*), aber so lange die Verfassungsbestimmung, wonach die Einzelstaaten die Erhebung und Verwaltung der Zölle behalten, besteht, kann man den Einzelstaaten diese einheitliche oberste Gerichtsinstanz nicht aufzwingen. Ob spätere Fahrzeuge dieses oder etwas ähnliches bringen werden, kann ich Ihnen nicht sagen.“

*) Sehr richtig. Ein Reichszolltarifamt ist das einzige richtige
D. Red.

Personliche Dienstverhältnisse.**Zur Examens-Frage.**

In der Landtagsitzung vom 8. d. Mts. sprach beim Artikel „Bauverwaltung“ der Abgeordnete Feliß (konf.) seine Befriedigung darüber aus daß die Anstellung besonderer „Wasserbauwarte“ vorgesehen sei, und hält es für richtig, daß diese Beamten aus den Strommeistern hervorgehen sollen. Die Strommeister seien aber nicht damit zufrieden, daß sie vor der Einrückung in diese höheren Stellen noch ein neues Examen ablegen sollen.

Darauf erwiedert der Minister der öffentlichen Arbeiten Thielmann u. A.:

„Meine Herren! Der Zweck der ganzen Organisation würde wesentlich in Frage gestellt werden, wenn wir ohne weiteres jeden alten Strommeister als Stromwart bestätigen. Es würde damit nicht die Hülfe gegeben werden, die für die Wasserbauaufsichtsbeamten absolut nothwendig ist. Es würden ihnen nicht diejenigen Elemente untergeordnet werden, welche befähigt sind, die Aufsichtsbeamten in vielen Beziehungen zu ergänzen und zu vertreten, es muß daher nothwendigerweise eine Auswahl eintreten unter denjenigen Beamten, die in diese neue Stelle übergeführt werden können, und diese Auswahl kann unmöglich, das weiß jeder, der im praktischen Leben gestanden, allein auf ein Attest hin ausgeführt werden. Ich habe schon in der Budgetkommission erklärt, daß das jedenfalls zu den größten Ungleichheiten führen würde und keine Garantie dafür bieten würde, daß der beabsichtigte Zweck der Neuorganisation auch wirklich erreicht wird. Es muß eine Prüfung des Einzelnen stattfinden, es kann diese Prüfung aber bei denjenigen Beamten, die sich in ihren bisherigen dienstlichen Leistungen durchaus bewährt haben, die sich als tüchtige, zuverlässige und erfahrene Strom-

meister gezeigt haben, in einer harmlosen Weise geschehen, wohingegen man ein anderes Mal etwas näher in Bezug auf ihre theoretische und praktische Befähigung nachsehen muß. Ein gewisses Maß von theoretischer Befähigung kann unmöglich entbehrt werden, das wird mir Herr Feliß bestätigen. Der Mann muß doch in ausreichender Weise die Rechnungen führen, schriftlichen Bericht erstatten können, er muß vermessen und leichtere Projecte aufstellen können u. s. w. das ist unerlässlich, und wir haben leider Leute, die das nicht können, die theilweise nicht genügend vorbereitet sind, theilweise aber auch in ihrer Leistungsfähigkeit durch Alter oder sonstige Dinge wesentlich beeinträchtigt sind.

Also meine Herren, eine milde Form des Examens, um zu konstatieren, ob der betreffende Beamte auch wirklich leistungsfähig genug ist, um die neue gehobene und schwierigere Stelle versehen zu können, muß eintreten, und ich bitte, es auch dabei bewenden zu lassen; von mir werden die betreffenden Organe angewiesen werden, in dieser Beziehung soweit mit Milde zu verfahren, daß der Zweck der neuen Organisation nicht in Frage gestellt wird.“

— Also hier, wo es sich um Überführung von Beamten in ganz neu geschaffene, gehobene Stellungen in Folge einer Neuorganisation handelt, an deren Erreichung die in Aussicht genommenen Kandidaten nie denken konnten, und zu denen den meisten die erforderliche Schulbildung fehlt, die aber gewisse praktische Vorbildung genossen haben, sagt der Minister der öffentlichen Arbeiten sogar eine milde Form des Examens zu, um den Kandidaten die Beförderung zu erleichtern.

Wie ganz anders bei uns. Bei uns wird plötzlich zur Erreichung einer Stellung, die unseren jungen Leuten schou